Trotz Erfolgen steiniger Weg zur Klimakommune

Anfragen der Grünen im Busecker Parlament zu »100 Prozent erneuerbare Energien« – Solarpark: Umsetzung schwierig

Buseck (rüg). Im Herbst 2008 hatte das Busecker Parlament das ehrgeizige Ziel formuliert, erste »Klimakommune« im Landkreis Gießen zu werden. Doch in den vier Jahren seither hat sich dies als sehr dornenreicher Weg dargestellt. Auslöser des Beschlusses damals war ein CDU-Antrag auf Errichtung eines Energieparks im ehemaligen Bundeswehrdepot und Natolager. Die Rahmenbedingungen jedoch sind nicht so optimal wie sie noch zu Beginn der Initiative schienen. Beispiel: Der zwischenzeitlich angedachte Solarpark rückt infolge der naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen eher in weite Ferne, lediglich die Energieholznutzung scheint realistische Erfolgschancen zu haben. Energieerzeugung war auch ein Thema in der letzten Parlamentssitzung. Zwei Anfragen der Grünen-Parlamentarier Tom Schönknecht und Burkhard Böttcher hatten die »Initiative 100 Prozent erneuerbare Energien« und »Ökostrom« zum Inhalt.

Schönknecht bezog sich auf ein Mitteilung der IdE gGmbH, wonach die Gemeinde Buseck die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft als »100 Prozent EE-Region« nicht erfüllt und stattdessen in die niedrigere Kategorie »Starterregion« eingeordnet wird.

Er wollte wissen, welche Defizite hierfür genannt wurden, ob aktuell geplant sei, eine Vollmitgliedschaft anzustreben und welche Bemühungen hierfür unternommen werden. Darüber hinaus wies Schönknecht darauf hin, dass auf der Internetseite der Initiative (*www.100-ee.de*) zu lesen sei, dass die Erstellung eines neuen Klimakonzeptes in Planung sei: »Warum? Und wer hat dies wann beschlossen?«

Bürgermeister Erhard Reinl teilte mit, dass laut Initiative ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgen müsse – bei Einbeziehung der Bürger und bei einem Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit. Positiv habe die Initiative vermerkt, dass die Gemeinde Buseck über ein Klimaschutzkonzept mit einem Energiekataster verfüge und ihre Daten im Energiebereich für die kommunalen Liegenschaften erfasst habe. Außerdem gebe es eine private Datenbank zu den ortsansässigen Solaranlagen. Über die Bewerbung für eine Vollmitgliedschaft habe letztlich die Gemeindevertretung zu entscheiden.

Bei dem auf der Internetseite der Initiative erwähnten neuen Klimaschutzkonzept handele es sich um eines des Landkreises.

Im Zusammenhang mit »100 Prozent erneuerbare Energien« stand auch die Anfrage von Burkhard Böttcher, ob die Gemeinde bereits Ökostrom aus erneuerbarer Energie beziehe. Dies bejahte Bürgermeister Reinl und verwies auf den Rahmenvertrag mit den Stadtwerken Gießen aus dem Jahr 2010, der noch bis Ende 2012 laufe.

Im ehemaligen Bundeswehrdepot bei Alten-Buseck sollte eigentlich ein Solarpark zügig umgesetzt werden. Doch die naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen lassen Zweifel an dessen Wirtschaftlichkeit. Derzeit scheint eher die Nutzung des Geländes – wie die abgebildete Wundwurffläche – für die Aufforstung zur Energieholzgewinnung realistisch. (Foto: rüg)

Ausweitung auf Gemeindegebiet

Die Initiative zur Klimakommune ging seinerzeit von der CDU-Fraktion aus, die einen Antrag im Parlament einbrachte, wonach im ehemaligen Bundeswehrdepot bei Alten-Buseck ein Energiepark entstehen sollte. Vorbild dafür war die Energielandschaft in Morbach (Rheinland-Pfalz), die ebenfalls auf einem ehemaligen Militärgelände entstand: ein Energiepark mit einer Mischung aus Windrädern, Solarenergie und Biomasse.

Das ging damals den anderen Parlamentariern nicht weit genug. Einstimmig verabschiedete man schließlich Ende Oktober 2008 einen gemeinsamen Antrag, wonach der Einsatz erneuerbarer Energien im gesamten Gemeindegebiet geprüft werden sollte. Die Idee der »Klimakommune Buseck« war geboren.

Eine Potenzialstudie wurde in Auftrag gegeben. Sie kam zu dem Schluss: »Langfristig ist die kommunale Energieautarkie möglich. Aber eine Kommune allein wird sich dabei schwertun. Daher ist die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden, dem Kreis und den Körperschaften notwendig.« Doch der Weg der Umsetzung erwies sich als steiniger als angenommen. Im ehemaligen Bundeswehrdepot schränken die naturschutzrechtlichen Rahmenbedingungen, unter anderem ein FFH-Gebiet, die Möglichkeiten stark ein. Insbesondere der im Juni 2011 auf Antrag von SPD und Freien Wählern ins Spiel gebrachte Solarpark würde durch diese Vorgaben stark eingeschränkt.

Die eigentlich dafür angedachte Freifläche liegt im FFH-Gebiet. Für andere Flächen müsste Wald gerodet werden. Da aber greift das Forstrecht, und das verlangt entweder eine Wiederaufforstung an anderer Stelle oder eine Walderhaltungsabgabe. Und dann stellt sich die Frage der Rentabilität.

Unabhängig davon, dass sich das Projekt zum Zankapfel zwischen den Fraktionen entwickelte, weil die CDU diesen Solarpark gerne in der Verantwortung der Gemeinde wissen möchte, um Einnahmen zu generieren, während sich SPD und FW von Anfang an für eine größtmögliche Bürgerbeteiligung stark gemacht hatten.

Bleibt am Ende vielleicht nur noch die Nutzung des Hektar großen Areals für die Gewinnung von Nutzholz. Ein entsprechender Antrag der Grünen war ebenfalls im Juni vergangenen Jahres einstimmig befürwortet worden.

Die CDU, die im Spätsommer 2008 den Stein »Klimakommune« ins Rollen gebracht hatte, zeigte sich schon mehrfach im Parlament über das Erreichte – auch bezüglich des Bundeswehrdepots – enttäuscht: »Passiert ist lange Zeit nichts«, formulierte CDU-Fraktionsvorsitzender Oliver Steinbach Ende Februar bei einem Ortstermin mit Dr. Helge Braun, Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, seine Kritik an die Adresse der Gemeindeverwaltung und des Gemeindevorstands.

Dass von dieser Seite zu wenig für die Umsetzung der »Klimakommune Buseck« getan worden sei, will Bürgermeister Erhard Reinl so jedoch nicht stehen lassen. Immerhin habe die Gemeindevertretung jüngst entschieden, der Energiegesellschaft Lumdatal beizutreten (Solarpark bei Daubringen).

Solar auf öffentlichen Gebäuden

Auf den Dächern von vier öffentlichen Gebäuden seien in den vergangenen Jahren Solaranlagen errichtet worden: Dorfgemeinschaftshaus Trohe, Feuerwehrgerätehaus Großen-Buseck, Mehrzweckhalle Großen-Buseck und Willy-Czech-Halle Beuern. Die Kindertagesstätten »Traumland Panama« in Großen-Buseck und »Regenbogenland« in Beuern habe man zusammen mit der »Sonnenland eG« mit Solaranlagen bestückt.

Weiterhin weist Reinl darauf hin, dass man die neue Kindertagesstätte »Georg Diehl« in Großen-Buseck mit Erdwärme versorge. Die Gemeinde habe durch ihre Bauleitplanungen den Solarpark am Kernberg und die Biogasanlage im Schützenweg ermöglicht, die die Gesamtschule mit Fernwärme versorge. Ein Pelletsheizkraftwerk für die Versorgung der Czech-Halle, der Kita und des Feuerwehrhauses in Beuern gehe in Planung. Weitere Schritte in Richtung einer Klimakommune seien das Erdgasauto für den Bauhof und die Gründung des Energiebeirats, so Reinl.